

gut. - Weitere Wortmeldungen dazu? - Frau Pakulat.

Sabine Pakulat (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Detjen, es freut mich sehr, dass Sie auch einmal sparen wollen in dieser Stadt.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen
und bei der CDU)

Das hören wir ja hier nicht so oft von Ihnen. Es ist schade, dass es gerade den Colonius treffen soll. Denn ich denke, es gibt keinen besseren Zeitpunkt, das überhaupt noch einmal anzugehen, die Frage, ob man ihn wieder in Betrieb nimmt oder nicht, als jetzt. Das hat mit der Kommunalwahl gar nichts zu tun. Es wird sich ja inzwischen herumgesprochen haben, dass die Telekom noch mehr in dieser Stadt zu tun vorhat, und zwar gar nicht so weit weg vom Colonius. Da kann man ja durchaus einmal Gespräche führen, ob sich diese Dinge miteinander verbinden lassen. - Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Detjen, nur der Vollständigkeit halber: Der Betrag ist zwar im Teilplan 1501 etatisiert, ist aber aus der Kulturförderabgabe vom Haushaltsbündnis zur Verfügung gestellt worden - nur der Vollständigkeit halber.

Gibt es weitere Wortmeldungen, meine Damen und Herren? - Das sehe ich nicht. Dann kann ich über diesen Antrag abstimmen lassen. Wer ist dagegen? - Das sind DIE LINKE, die AfD-Fraktion und Frau Gerlach. Gibt es Enthaltungen? - Keine. Dann ist der Antrag so beschlossen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Tagesordnungspunkt

3.1.9 Antrag der Fraktionen Die Linke., der Gruppe GUT, Frau Gerlach und Herrn Wortmann (Freie Wähler Köln) betreffend „Hubschrauberbetriebsstationen am Flughafen, statt im Wohngebiet“ AN/0975/2019

gemeinsam zu behandeln mit Tagesordnungspunkt

3.1.12 Antrag der Fraktionen CDU und Bündnis 90/Die Grünen betreffend

„Weiteres Vorgehen Hubschrauberlandeplatz“ AN/0983/2019

Änderungsantrag der SPD-Fraktion AN/1029/2019

Als erster Redner hat Herr Kockerbeck das Wort.

Heiner Kockerbeck (DIE LINKE): Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Zum wiederholten Male debattieren wir heute über Anträge zur Hubschrauberstation auf dem Kalkberg. Am 18. Mai dieses Jahres haben rund 500 Bürgerinnen und Bürger der Stadt in einer Demonstration in Buchforst rund um den Kalkberg sich Zugang zum Baugelände verschafft, weil sie in einem großen Spaziergang sozusagen diesen Kalkberg für sich als Bürgerinnen und Bürger in Besitz nehmen wollten. Sie haben sich sozusagen auch einen Vorgeschmack darauf verschafft, was wäre, wenn dort keine Hubschrauberstation in Betrieb genommen wird, sondern der Kalkberg als Grünanlage den Bürgerinnen und Bürger zur Verfügung steht.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir haben heute drei Anträge vorliegen, davon gehen zwei Anträge nahezu in die gleiche Richtung: der Antrag der SPD und der Antrag der LINKEN, von den Freien Wählern und unseren anderen Freunden.

(Heiterkeit)

- Ja, ich kann sie gern noch nennen: die Gruppe GUT und Frau Gerlach.

Sie unterscheiden sich lediglich in der Frage der Kernträgerschaft, ob wir die für unablässig halten oder nicht. Der Antrag von den Grünen und der CDU wiederholt aber eigentlich nur einen bereits gestellten Antrag.

(Beifall von Michael Weisenstein [DIE LINKEN])

Dieser Antrag möchte nämlich den bereits 2015 beschlossenen Baustopp bei der Hubschrauberstation „bis auf Widerruf“ - so steht es dort - fortsetzen. Das heißt, es ist im Antrag schon angedacht, möglicherweise diesen Baustopp zu widerrufen und die Hubschrauberstation zu beenden. Kommt dieser Antrag durch, steht der Standort Kalkberg also heute keineswegs vor seinem endgültigen Aus, wie es bereits in der Kölner Presse gemutmaßt wurde. Nein, das

schwarz-grüne Bündnis behält sich vor, je nach Verlauf der Verhandlungen mit dem Flughafen Köln/Bonn doch noch zurückzukehren zum eigentlich gescheiterten und in weiten Teilen der Bevölkerung berüchtigten Projekt.

(Beifall bei der LINKEN und von Michael Frenzel [SPD])

Das halten wir auch für den weiteren Prozess der Verhandlungen mit dem Flughafen Köln/Bonn für einen Fehler. Man stärkt damit die Verhandlungsposition des Flughafens. Denn angesichts der durchaus realen Probleme, die wie bei allen Standorten auch beim Standort Flughafen zu lösen sind, kann die Geschäftsführung des Flughafens, die die Hubschrauberstation bisher abgelehnt hat auf ihrem Flughafen, darauf verweisen, die Stadt Köln habe doch bereits einen Standort, nämlich den Kalkberg.

Findet der schwarz-grüne Antrag also heute eine Mehrheit, bezieht die Stadt Köln keine klare Verhandlungsposition in den Verhandlungen mit dem Flughafen. Deshalb warnen wir vor diesem Fehler.

(Beifall bei der LINKEN)

Diejenigen bei den Grünen und vielleicht auch hier und dort bei der CDU, die den Standort Kalkberg ablehnen, sollten also Folgendes berücksichtigen: Der Antrag lässt Zweifel aufkommen am klaren Willen der schwarz-grünen Ratsmehrheit und der Verwaltung, mit dem Skandalstandort Kalkberg wirklich Schluss zu machen. Wer das Letztere endlich verwirklichen will, sollte sich also heute den Anträgen von Linksfraktion, GUT, Frau Gerlach, den Freien Wählern und der SPD anschließen.

Wir möchten gern, dass der Antrag der SPD punktweise abgestimmt wird.

Hinzu kommen übrigens in diesem Jahr einige Vorgänge. In der lokalen Presse wurden in den vergangenen Monaten Meldungen lanciert, nach denen die Oberbürgermeisterin und Stadtdirektor Dr. Keller zügig die Hubschrauberstation am Kalkberg in Betrieb nehmen wollen. Diese Meldungen wurden bis heute nicht dementiert; sie treffen also offenbar zu.

(Lachen beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

Zugleich wurde erst zwei Wochen vor der heutigen Ratssitzung das Rechtsgutachten zu den Alternativstandorten veröffentlicht. Das Gutachten zu den Alternativstandorten, das der Rat im März

vergangenen Jahres in Auftrag gegeben hatte, liegt aber bereits seit Dezember 2018 vor. Das Gutachten hätte also vor mehr als einem halben Jahr veröffentlicht werden müssen, damit die Bürgerinnen und Bürger der Stadt und auch die anderen Fraktionen im Rat es einsehen können.

(Beifall bei der LINKEN und von Michael Frenzel [SPD])

Es handelt sich hier um die Instrumentalisierung eines vom Rat in Auftrag gegebenen Gutachtens, das aus Steuermitteln bezahlt wurde. Es handelt sich um eine Missachtung des Informationsrechtes von Rat und Öffentlichkeit. Mit diesem Verhalten, Herr Dr. Keller, setzen Sie das Tricksen und Taktieren des vorherigen Stadtdirektors Kahlen beim Kalkberg fort.

(Dr. Helge Schlieben [CDU]: Das stimmt doch gar nicht!)

Es gibt nun zwei Schlussfolgerungen für die heutigen Beratungen aus den Vorgängen des letzten halben Jahres. Erstens wird deutlich, dass die Oberbürgermeisterin und der Stadtdirektor die Hubschrauberstation auf dem Kalkberg innerhalb von zwölf Monaten - so steht es im Alternativgutachten - in Betrieb nehmen wollen. Zweitens gibt es offenbar seit einem halben Jahr innerhalb des schwarz-grünen Ratsbündnisses Auseinandersetzungen um die Frage: Ja oder Nein zum Standort auf dem Kalkberg?

Ein halbes Jahr wurden die übrigen Parteien und die Öffentlichkeit deshalb in Unkenntnis darüber gelassen, was das in Auftrag gegebene Gutachten aussagt. Dann wird das 102-seitige Dokument zwei Wochen vor der heutigen Ratssitzung veröffentlicht. Das ist genau das Gegenteil der den Bürgerinnen und Bürgern versprochenen Politik von Transparenz und Offenheit. Das ist Machtpoker in Hinterzimmern unter Ausschluss der Öffentlichkeit.

Aufgrund der bekannten Argumente, die wir in den letzten Jahren wiederholt vorgebracht haben - es leben 26.000 Menschen im unmittelbaren Umfeld des Kalkbergs, und der Kalkberg wird nicht für zehn, 15, 20 Jahre garantiert stabil bleiben können -, sollte der Rat heute die Kraft finden, endgültig vom Projekt Abschied zu nehmen.

(Beifall bei der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Scholz das Wort.

Tobias Scholz (Ratsgruppe GUT): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Entsprechend dem gemeinsamen Antrag von Frau Gerlach, der Ratsgruppe GUT, der LINKEN und den Freien Wählern sollten wir heute den gescheiterten Versuch, den Kalkberg mit einer Rettungshubschrauberbetriebsstation zu bebauen, und die damit einhergehende Verschwendung öffentlicher Gelder beenden und das Projekt aufgeben.

(Beifall bei der Ratsgruppe GUT und der LINKEN)

Allerdings finden wir auch das aktuelle Rechtsgutachten spannend. Denn folgt man dem aktuellen, von der Stadt in Auftrag gegebenen Rechtsgutachten, muss auch die Frage gestellt werden, warum überhaupt die damalige, optimal liegende Rettungshubschrauberbetriebsstation am Städtischen Klinikum Merheim, das auch über eine 24-stündige Notfallambulanz verfügt hat, aufgegeben wurde. Laut Gutachten spielten sich verschärfende EU-Richtlinien damals nur eine untergeordnete Rolle. Letztlich ging es um wirtschaftliche Interessen, und die Stadt Köln wurde dabei vermutlich über den Tisch gezogen.

(Beifall bei der Ratsgruppe GUT und der LINKEN - Zurufe)

- Das steht alles genau so im Gutachten.

Denn 2003 kam es zum Abschluss städtebaulicher Verträge zwischen der Stadt Köln und der GBA Projektentwicklung GmbH Köln-Merheim und der Rotonda achtzehn Merheim Vermögensverwaltung GmbH, die in unmittelbarer Nähe des Klinikums auf dem Merheimer Madaus-Areal Grundstücke für eine mögliche Wohnbebauung entwickelten.

Im Rahmen des Bebauungsplans wurde damals festgestellt, dass die Bebauung in Teilen mit neuen Sicherheitsvorschriften für den Betrieb von Hubschrauberstationen kollidierte. Entsprechend kostenintensiver wäre das Projekt für die Firmen geworden, und ihre Rendite hätte sich vermutlich etwas verringert. Um dies zu vermeiden - alles laut Gutachten - wurde der Stadt Köln 1 Million Euro als Umzugshilfe für eine Verlegung der Merheimer Rettungshubschrauberstation angeboten. Die Stadt nahm 2017 an.

(Zuruf von der FDP: 2017?)

- 2007. Danke für den Hinweis.

Und wie im Rechtsgutachten aufgeführt, erreichten damit die GBA und Rotonda ihr wirtschaftli-

ches Ziel, die Grundstücke aufgrund der ermöglichten Wohnbebauung wie ursprünglich geplant zu entwickeln und bei Verkauf entsprechend höhere Gewinne zu generieren.

Wie es weiterging, erwähnte ich an dieser Stelle in den vergangenen Jahren schon mehrere Male. Die Stadt Köln kaufte 2012 die Altlast Kalkberg für 440 000 Euro der damaligen Eigentümerin GSE ab, um darauf eine Rettungshubschrauberbetriebsstation zu errichten. Eine fatale Entscheidung, denn infolgedessen nahm der desaströse Bauverlauf an Fahrt auf. Es wurde mangelhaft geplant, mangelhaft gebaut, und am Ende war doch die allgemeine Verwunderung groß, als die Betriebsstation in Teilen absackte, obwohl klar war, dass der Baugrund nicht für eine Bebauung geeignet war und nach wie vor nicht geeignet ist.

(Beifall bei der Ratsgruppe GUT und der LINKEN)

Auf die fehlende Nachtfluggenehmigung für den Standort Kalkberg möchte ich an dieser Stelle gar nicht genauer eingehen.

Die Kosten für eine Stabilisierung des Kalkbergs betragen bis heute etwa 17,2 Millionen Euro. Der Bau der Station hat bislang weitere 13 Millionen Euro gekostet. Davon abzuziehen ist natürlich die damals erhaltene Umzugshilfe von der GBA und Rotonda von 1 Million Euro.

Ich weise an dieser Stelle noch einmal darauf hin: Es wurde eine sehr gute Rettungshubschrauberbetriebsstation am Klinikum Merheim auf Kosten der Rettungsteams und der Patienten ohne Notwendigkeit aufgegeben und damit auch die Luftrettung im Gebiet der Trägergemeinschaft gefährdet - wie wir finden: ein Skandal!

Konsequenterweise sollten wir heute beschließen, auf die Bauvollendung der Hubschrauberbetriebsstation zu verzichten, gemeinsam mit der Kalker Bevölkerung über zukünftige Nutzungskonzepte nachzudenken und diese entsprechend umzusetzen, Vorbereitungen bezüglich einer ordentlichen Rettungshubschrauberbetriebsstation am Flughafen Köln/Bonn zu treffen und entsprechende Gespräche mit den Umlandkommunen bezüglich der Kernträgerschaft entsprechend unseres Antrages zu führen.

Wie schon so oft möchte ich mich abschließend auch wieder bei der Bürgerinitiative Kalkberg bedanken, die jahrelang die Arbeit auf sich genommen hat, die zur Verfügung stehenden Unterlagen zu analysieren und auf Fehlentwicklungen

gen bzw. Risiken sachlich und transparent hinzuweisen. - Vielen Dank dafür und vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der Ratsgruppe GUT und der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Petelkau das Wort.

Bernd Petelkau (CDU): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben klar den Auftrag, hier im Rat für die Gesamtbevölkerung von Köln Politik zu machen. Das ist das, wozu wir uns alle verpflichtet haben für alle Bürgerinnen und Bürger. Dazu gehört zunächst bei dieser konkreten Sache, dass wir die Rettungsversorgung in allen Teilen von Köln sicherstellen müssen für jede Kölnerin und für jeden Kölner.

(Beifall bei der CDU)

Das ist die klare Aufgabe der Trägerschaft, die die Verwaltung übernommen hat und die wir als Politik entsprechend entschieden haben.

Wenn ich diese Trägerschaft - in welcher Form auch immer - infrage stelle - egal, ob ich sie herausgebe oder nach verschiedenen Standorten frage -, brauche ich zunächst einmal eine Alternative. Und genau das ist es, was in den diversen Anträgen, die heute hier von der Opposition auf den Tisch gelegt worden sind, fehlt. Sie können nicht mit Garantie sagen, dass Sie einen anderen Standort haben, der eine entsprechende Genehmigung bekommt.

(Beifall bei der CDU)

Genau in der Situation haben wir jetzt noch einmal gesagt - weil wir natürlich die Sorgen der Leute vor Ort ernst nehmen -: Vielleicht gibt es ja doch noch einmal eine Alternative. - Genau deshalb lassen wir hier noch einmal prüfen.

Es ist aber am Ende nicht ausgeschlossen, dass diese Prüfung zu keinem Ergebnis führt. Vor diesem Hintergrund kann ich heute nicht guten Gewissens entscheiden, dass wir die Station Kalkberg entsprechend komplett negieren. Und am Ende, wenn die finale Vorlage seitens der Verwaltung vorliegt, ob an einer anderen Stelle eine andere Hubschrauberstation möglich ist, müssen wir natürlich auch nach den Stadtzielen alles noch einmal gewichten.

Das ist zum einen die Frage der Kostenerstattung, weil alle hier genau wissen, alle Ratskolleginnen und -kollegen, dass wir die Baukosten für den Kalkberg inklusive der Fertigstellungskosten von der Krankenkasse erstattet bekommen. Das heißt, wenn wir den Kalkberg aufgeben, sind das Kosten in kleiner zweistelliger Millionenhöhe, die wir als Rat selbst aufbringen müssen; die Kostenerstattung fällt weg. Das ist ein wichtiger Punkt.

Ein zweiter wichtiger Punkt, den man in Zeiten des Klimaschutzes auch nicht vergessen darf, ist, dass wir beim Neubau einer anderen Station natürlich auch einen erhöhten CO₂-Verbrauch haben. Wir müssen das alte Gebäude abreißen, etwas Neues bauen. Auch wenn wir - so sage ich einmal - einen Standort haben, der nicht mehr in der Mitte der Stadt liegt, haben wir natürlich neue Emissionen, die zusätzlich kommen. Auch das muss in der Gesamtentscheidung mit berücksichtigt werden.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Deshalb haben wir gesagt: Zum jetzigen Zeitpunkt ist die Sache noch nicht entscheidungsreif. Wir bitten deshalb in unserem Antrag, entsprechend noch einmal zu prüfen, ob wir an anderer Stelle die Sorgen der Menschen rund um den Kalkberg mit berücksichtigen können, ob wir eine andere gute Alternative finden. Aber erst in der Gesamtabwägung aller Punkte ist dann eine Entscheidung final zu treffen, wenn diese Prüfung abgeschlossen ist. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Dr. Unna das Wort.

Dr. Ralf Unna (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist immer ganz hilfreich, wenn man sich die Originalunterlagen anschaut. Ich habe mir einmal den öffentlich zugänglichen Genehmigungsbescheid für den Kalkberg vom 21.10.2008 herausgenommen. Darin finden Sie auf Seite 9 unter Ziffer 2, Betriebszeit, Folgendes - ich zitiere -:

Die Betriebszeiten für Flüge nach Sichtflugregeln

- darauf werde ich gleich eingehen -

bei Tag und bei Nacht [...] werden von 6.00 Uhr bis 22.00 Uhr Ortszeit [...] festgelegt. Es besteht keine Betriebspflicht.

An der Stelle ist völlig klar, dass wir hier über den jetzigen Zustand, über Sichtflüge sprechen und dass wir so etwas in Zukunft - im Übrigen auch schon heute - auch ändern können. Das ist klar. Wir müssten dann die Betriebszeiten verändern, das heißt, wir müssten wieder zur Bezirksregierung Düsseldorf gehen und einen entsprechenden Antrag schreiben. Das ist mit den entsprechenden Risiken der Genehmigung oder auch Nichtgenehmigung behaftet; denn die Bezirksregierung schreibt auf Seite 14 sehr ausführlich unter dem Unterpunkt 15, Lärmschutz, was für die 26 000 Menschen in unmittelbarer Nähe, die der Kollege eben angesprochen hat, zu gelten hat.

Auf Seite 16 finden Sie dann die schöne Begründung, warum aus Sicht der damaligen Antragsteller Merheim kein geeigneter Standort ist, nämlich weil in unmittelbarer Nähe zu Köln-Merheim eine Wohnbebauung steht. Das war also der offizielle Grund, der hier auf Seite 16 festgehalten ist, warum es so sein soll, dass man eben in Merheim keine Hubschrauberbetriebsstation mehr betreiben kann. Wenn wir dieses Kriterium an Kalk anlegen, sehen wir, dass wir da zumindest große Schwierigkeiten bekommen, und zwar nicht nur in Bezug auf die Themen Zukunftsfestigkeit und Nachhaltigkeit, sondern auch beim gegenwärtigen Status heute bereits.

Das fliegende Personal hat mir schriftlich mitgeteilt, dass in den letzten zwei Wochen insgesamt drei Flüge nach 23.30 Uhr am Verkehrsflughafen Köln ankamen - also Hubschrauberflüge nach Einsätzen. Das ist dort auch relativ unproblematisch im Vergleich zu - wir erinnern uns - dem Kalkberg und der Lärmschutzproblematik, den 26 000 Menschen. Wir haben - und zwar von Anfang an - ein mangelhaftes Mitnehmen der Bevölkerung in Kalk, wir haben ein Demokratiedefizit, die Bevölkerung vor Ort lehnt den Standort ab, und wir haben - das haben die Kollegen ausgeführt, das muss ich nicht wiederholen - eine Historie von Havarien der verschiedensten Arten an dieser Stelle.

Grundsätzlich ist aus unserer Sicht, aus grüner Sicht, der Hubschrauber notwendig, um die Rettung sicherzustellen, auch um die Verlegung sicherzustellen. Wenn wir uns die Einsatzgebiete anschauen, sehen wir aber, lieber Bernd Petelkau, dass nicht nur im Stadtgebiet gerettet wird, sondern weit weniger als 50 Prozent im Stadtgebiet gerettet wird. Wenn man sich nämlich die

Zahlen herauszieht und abgleicht, die innerhalb des Autobahnringes gerettet werden, kommen wir auf eine Zahl von etwa einem Drittel der Einsätze; wenn wir das gesamte Stadtgebiet Köln heranziehen, sind es etwa die Hälfte. Das heißt, es ist so, dass wir durchaus massiv im Umland retten und auch retten wollen.

Ich habe einmal nachgefragt, ob irgendjemand zu Schaden gekommen ist, tödlich oder schwer zu Schaden gekommen ist, in den letzten elf Jahren, weil der Hubschrauber nicht zentral in Köln stationiert ist, sondern am Flughafen im Moment. Antwort: keiner. Keiner! Das heißt also, das Lage-Argument können Sie vergessen an dieser Stelle. Es ist niemand - das ist aktenkundig - zu Schaden gekommen, weil wir vom Flughafen aus starten und nicht vom Kalkberg.

Die angesprochenen Baukosten am Kalkberg sind aus meiner Sicht ebenfalls nicht als verloren zu verbuchen; denn die Sanierung des Berges war dringend notwendig - Stichwort: „Altlasten“. Auch ein merkwürdiger Zusammenhang, dass das im Kaufvertrag nicht geregelt ist. Es ist ein Unikat in der Bundesrepublik Deutschland, dass diese Altlast gekauft worden ist, ohne das zu regeln. Ein Schelm, wer Böses dabei denkt. Aber auch das nehmen wir einmal zur Kenntnis.

Das heißt, nach meiner Kenntnis ist es so, dass Fluggeräte schlicht und ergreifend an Flughäfen gehören. Ich würde mir persönlich wünschen - und ich war bei der Gruppe dabei, die vor Ort war -, dass wir dort eine Station bekommen, die der ISO 9001 entspricht. Das heißt, wir haben ein weiteres Unikat - das muss man wissen -: Unsere Station ist die einzige vom ADAC betriebene - und als Grüner bin ich, glaube ich, frei vom Verdacht, besonderer ADAC-Fan zu sein -

(Heiterkeit)

-, die nicht zertifizierungsfähig ist. Ich würde mir sehr vom Stadtdirektor wünschen, dass er an dieser Stelle noch ein paar Worte dazu sagen kann, was auch das, was wir im Moment planen, was wir im Moment bauen, beinhaltet.

Abschließend kann man aus meiner Sicht noch sagen, dass wir das Thema Kernträgerschaft auch diskutiert haben. Ich würde im Moment nicht dazu raten, das weiter zu diskutieren. Warum, liebe SPD? Warum? - Das, was Sie in Ihrem Antrag geschrieben haben, ist ein Ausschluss von allem Möglichen. Wenn wir uns einmal für einen kurzen Moment vorstellen - was ich nicht möchte -, dass es am Flughafen tatsächlich nicht funktionieren würde und Sie die Kernträ-

gerschaft ausschließen und Sie den Kalkberg ausschließen und gleichzeitig aber Hubschrauber haben wollen in dieser Stadt, dann ist das die Quadratur des Kreises. Dazu kann ich nicht raten, und dazu kann ich als grüne Fraktion auch nicht unsere Stimme geben.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen
und bei der FDP)

Das heißt, ich würde dringend raten, den SPD-Antrag und auch den weiteren Antrag abzulehnen und dem schwarz-grünen Antrag zuzustimmen. - Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Paetzold das Wort.

Michael Paetzold (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Gäste! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Zunächst einmal, lieber Ralf Unna: Ich hatte ja fast gedacht, Sie würden eine Rede zu unserem Antrag halten; denn stellenweise klang es ganz so, als ob Sie mit uns gegen den Kalkberg sind.

(Beifall bei der SPD)

Nachher haben Sie irgendwie die Kurve gekriegt - ich weiß gar nicht wie, aber: Chapeau!

Zunächst einmal - ich bin immer so dankbar -: Ich danke Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen von den LINKEN, der Ratsgruppe GUT, Ihnen, Frau Gerlach, und Ihnen, Herr Wortmann, und natürlich auch Ihnen, liebe CDU und liebe Grüne, dass Sie Anträge eingebracht haben, damit wir endlich über den Kalkberg hier diskutieren können.

Eigentlich habe ich ja gedacht, dass uns nach der umfangreichen Mitteilung die Verwaltung einen Beschlussvorschlag vorlegen würde. Das hat sie nicht getan. Warum, weiß ich nicht. Aber jeder tut eben, was er so kann.

Von meiner Fraktion brauchen Sie keinen Antrag zu erwarten, denn wir haben schon in der Sitzung des Rates vom 20. März 2018 erklärt, dass wir jedes, aber wirklich jedes Vertrauen in diesen Kalkberg als Hubschrauberbetriebsstation verloren haben. Daran hat auch das neue, teure Gutachten nichts geändert. Wir haben schon diverse Gutachten gehört, die uns immer wieder gesagt haben: Alles ist gut auf dem Kalkberg. - Und im-

mer wieder sind wir eines Besseren belehrt worden. Auch das neue Gutachten ist nicht ganz ohne Fragezeichen. Ich zitiere aus dem Beispiel des Bereichs des Los 5, südliche Böschung:

In Bezug auf die Böschung parallel zur Stadtautobahn liegt ein Gutachten aus den 90er Jahren vor, welches derzeit mit aktuellen Normen und Kennwerten nachgerechnet

- nicht nachgemessen! -

wird, um die Standsicherheit, die damals bescheinigt wurde, erneut nachzuweisen.

Ende der 90er Jahre - da hatten wir noch keinen Spatenstich am Kalkberg gemacht. Und auf das Gutachten sollen wir uns verlassen. Das haben wir Ihnen auch schon im März 2018 gesagt: Es war Quatsch, nur drei alternative Standorte vortesten zu lassen. Und dass Merheim nicht funktionieren würde, habe ich Ihnen damals schon mit den gleichen Argumenten vorgetragen, die jetzt auch der Gutachter anführt. Mein Rat war nur 50 000 Euro billiger.

Meiner Fraktion will immer noch nicht in den Kopf, dass in dieser wirklich sehr großen Stadt es keinen anderen Standort für eine Hubschrauberbetriebsstation geben soll als eben diesen Kalkberg oder den Flughafen. Ich habe die fertige Betriebsstation auf dem Kalkberg gesehen und kenne die Zustände auf dem Flughafen. Ich war mit Herrn Unna dort. Es tut mir in der Seele weh, dass wir nicht besser heute als morgen den Rettungsmannschaften diese hervorragenden Räumlichkeiten da oben auf dem Kalkberg zur Verfügung stellen können. Aber was ist denn, wenn der Kalkberg sich nicht an das Gutachten hält, wenn die Südflanke doch bröckelt oder der Kalkpudding im Inneren ein Eigenleben entwickelt?

(Niklas Kienitz [CDU]: Das hätten Sie mal früher mit Ihrem Stadtdirektor klären sollen!)

- Das hätte man tun sollen, genau.

Dann machen wir die Hubschrauberbetriebsstation über Nacht dicht und wissen nicht, wohin mit dem „Christoph 3“ und dem ITH, Herr Unna. Genau diese Frage hatten wir ja gerade schon.

Nun zu Ihren Anträgen und zunächst zu Ihnen, liebe Grüne und liebe CDU. Das ist doch wirklich ein verschwurbelter Antrag unter Punkt 1. Ich will ja gar nicht ausschließen, dass man bei einer

anderen Bewertung des Gutachtens zu der Auffassung kommen kann, dass der Kalkberg als Standort für die Hubschrauberbetriebsstation taugt. Aber dann muss man es doch auch laut und deutlich sagen, Herr Petelkau. Dann tun Sie das doch und überzeugen Ihre grünen Kollegen!

Ich finde, wir müssen das hier und heute beschließen. Entweder der Kalkberg taugt nicht - das glauben wir -, dann sollten wir ihn auch hier und jetzt und endgültig begraben.

(Beifall bei der SPD)

- Danke schön.

Oder es findet sich in diesem Haus vielleicht doch eine Mehrheit, die sagt, dass der Kalkberg taugt, dann soll es diese Mehrheit bitte auch beschließen und die Verantwortung dafür übernehmen. Mit der Formulierung: „Wir halten den Baustopp bis auf weiteren Ratsbeschluss aufrecht“, bezieht man keine Position, sondern hält sich ein Hintertürchen offen. Wenn ich mir die politische Gemengelage so anschau, weiß ich auch, warum der Antrag so zustande gekommen ist: allen wohl und keinem weh. Ihrem Antrag können wir deshalb sicher nicht zustimmen.

Nun zum Antrag, der unter der Führung der LINKEN gestellt wurde. Ihren Punkt 3 können Sie doch nicht wirklich ernst meinen. 50 Prozent der Einsätze der Hubschrauber werden im Kölner Stadtgebiet geflogen. Ralf Unna hat es eben noch einmal ergänzt, dass es um den Autobahnring geht. Ich ergänze noch einmal den Chemiegürtel, der darum herum liegt. Wenn Sie jemals in Ihrem Leben neben einem Schwerverletzten werden hocken müssen, mit nichts dabei als Ihren Händen und vielleicht einem Arztkoffer, dann wird Ihnen der Rotorenlärm eines Hubschraubers wirklich wie süßer Engelgesang vorkommen; denn da naht rettungsmedizinischer Sachverstand und modernstes Equipment. Und Sie werden dem Rat der Stadt Köln danken, dass er niemals auch nur auf die Idee gekommen ist, die Kernträgerschaft aufzugeben. Das können Sie doch nicht wirklich infrage stellen.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben uns die Mühe gemacht, aus Ihren beiden Anträgen das Beste zusammenzustellen und etwas Gutes daraus zu machen.

Erstens. Es wird keine Hubschrauberbetriebsstation auf dem Kalkberg geben.

Zweitens. Der Übergangsort am Flughafen wird schnellstmöglich ertüchtigt, damit die Ret-

tungsmannschaften sich dort gescheit aufhalten und erholen können.

Drittens. Die Verwaltung kümmert sich darum, dass es einen dauerhaften Standort der Betriebsstation auf dem Flughafen gibt.

Viertens. Niemand, aber auch wirklich niemand hier im Rat stellt die Kernträgerschaft infrage.

Fünftens. Wir überlegen mit den Anwohnerinnen und Anwohnern, was aus dem Kalkberg werden soll.

Ich danke Ihnen für Ihre Zustimmung.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Breite das Wort.

Ulrich Breite (FDP): Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn man die Reden jetzt hört von der SPD und die Reden - wenn man schon dabei war -, die man am Anfang dazu gehört hat, als hier noch Stadtdirektor Guido Kahlen saß, kann man sich immer nur wundern, wie schnell man sich um 180 Grad drehen kann, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP)

Eigentlich müssten wir doch den Berg umbenennen: von Kalkberg in Guido-Kahlen-Berg. Dann haben wir immer die Erinnerung daran, wem wir das zu verdanken haben, meine Damen und Herren.

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP - Zuruf von Michael Frenzel [SPD])

- Ja, da können Sie sich melden. Ich freue mich schon. Wollen Sie vielleicht eine Frage stellen, Herr Frenzel? Kennen Sie noch Herrn Guido Kahlen? Kennen Sie ihn noch?

Michael Frenzel (SPD): Gestatten Sie eine Zwischenfrage, Herr Breite?

Ulrich Breite (FDP): Ja, selbstverständlich.

Michael Frenzel (SPD): Herr Breite, es ist Ihnen aber schon bekannt, dass die Planungen für die Hubschrauberlandestation auf dem Kalkberg

lange vor der Übernahme von Guido Kahlen als Stadtdirektor begonnen haben und hier auch entsprechende Beschlüsse bereits gefasst wurden?

Insofern weiß ich nicht, Herr Breite, was Sie hier jetzt für Legenden stricken. Die Krawatte steht Ihnen nicht, Herr Breite.

(Beifall bei der SPD)

Ulrich Breite (FDP): Herr Kollege Frenzel, ich weiß nicht, ob Sie das wissen, aber zu den Fraktionsführungen ist damals der Stadtdirektor Guido Kahlen gegangen und wollte uns überzeugen, dass wir dort an diesem Standorte bauen. Wir hatten mehrere und hatten diese damals - vielleicht können Sie sich noch erinnern - überprüfen lassen. Dann hat Herr Guido Kahlen - und nur Guido Kahlen! - damals so ein Blatt gehabt, auf dem Kreuze waren, welches der beste Standort war, und das war sein Kalkberg, meine Damen und Herren. Das muss ich der SPD und dem Fragesteller Herrn Frenzel sagen: So war es.

(Beifall bei der FDP, der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Ich finde es auch interessant, was beim Kalkberg immer wieder für Änderungen und neue Situationen eintreten. Ich war hier auch schon einmal, als es gar nicht mehr weiterging. Da habe ich zu Herrn Kahlen das alte indianische Sprichwort gesagt: Wenn du entdeckst, dass du ein totes Pferd reitest, steig' ab! - Interessanterweise muss ich mich jetzt hier wieder sozusagen verbessern. Herr Kahlen ist weg, der Kalkberg ist immer noch da. Vielleicht war das mit dem Pferd doch etwas anders gemeint als in der Form, in der ich damals hier gesprochen habe.

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP)

Kommen wir jetzt einmal zu den Anträgen der Fraktion der LINKEN, der Ratsgruppe GUT und den beiden Einzelmandatsträgern. Wir hatten hier Diskussionen über die Gefahren des Kalkbergs und dass man darauf eigentlich gar nichts mehr machen kann, da es darin so blubbert und wegen der ganzen Giftstoffe. Vielleicht können Sie sich an die Diskussionen erinnern. Das hört sich nicht nur im Gutachten, sondern auch im Antrag jetzt anders an; denn jetzt soll es ein alternatives Nutzungskonzept geben. Es soll weiterhin das Gebäude bleiben, aber es soll sozusagen anders von Menschen genutzt werden. Plötzlich ist die Gefahr nicht mehr da, meine

Damen und Herren. So, so! Dann bin ich aber der Meinung, dass wir uns dann das Gutachten genau anschauen und alles genau prüfen müssen. Denn wenn wir dort zum Beispiel eine Kita hineinnehmen können, dann können wir nach meiner Meinung auch diese Hubschrauberbetriebsstation nehmen, wofür wir das Geld schon ausgegeben haben.

Beim Kernträgergeschäft hat die SPD das vollkommen Richtige gesagt. Ich erinnere mich an: Wasch' mir den Pelz, mach' mich nicht nass. - Meine Damen und Herren, die Kernträgerschaft hier aufzugeben für die größte Stadt von Nordrhein-Westfalen, finde ich nur peinlich. Hier sollten wir uns der Verantwortung stellen.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Jetzt komme ich noch zum Antrag von CDU und Grünen, die es in der Form tatsächlich offen lassen. Trotzdem - und das müssen wir dann in den Verhandlungen sehen - ist es anders als bei der SPD, die ja sagt: Wir machen Flughafen. Wir machen Flughafen, dahin geht alles. - Das weiß wahrscheinlich Herr Frenzel nicht, aber der Fraktionsvorsitzende der SPD weiß es. Er hat nämlich eine Mail bekommen vom Köln/Bonn Airport - die CDU und Grüne wahrscheinlich auch -, wo der Flughafen klipp und klar sagt - es haben ja auch Gespräche mit den Fraktionen stattgefunden -, dass das dort einfach nicht so geht. Also müssen wir wohl erst einmal die Argumente des Flughafens hören und dann auch ausräumen, wenn wir das wollen. Darum ist - man muss es sagen - der Antrag von CDU und Grünen ehrlicher, die sagen: Wir müssen in Verhandlungen treten.

(Dr. Helge Schlieben [CDU]: So sind wir!)

- Dazu sage ich nichts.

(Heiterkeit)

Aber wir kennen das Ergebnis noch nicht. Die SPD weiß schon, wie es ausgeht. Das war bei Herrn Kahlen ja auch immer so. Und deswegen sind wir jetzt in dem Schlamassel. Deswegen bin ich der Meinung, dass wir doch den Verhandlungsweg gehen und uns das anschauen sollten. Man muss auch so ehrlich sein, Herr Stadtdirektor Keller. Sie haben uns jetzt das Gutachten gegeben. Wir sollten es sorgfältig lesen, uns die Rückschlüsse anschauen. Wir können dann auch sagen: Wir nehmen einen anderen Standort, wenn wir die Verhandlungen haben. - Aber wir sollten wohl doch so ehrlich sein. Das Gut-

achten einfach wegzuwischen hat mit Vernunft nichts zu tun. Darum bin ich der Meinung, dass wir damit viel vorsichtiger umgehen sollten. - Danke schön.

(Beifall bei der FDP und bei Teilen der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Meine Damen und Herren, Herr Detjen hat sich noch einmal gemeldet. Damit eröffnen wir eine zweite Runde.

Jörg Detjen (DIE LINKE): Meine Damen und Herren! Herr Breite, Sie sind ja dreimal hereingefallen. Ja! Nicht nur auf Herrn Kahlen sind Sie hereingefallen, sondern jetzt fallen Sie wieder auf CDU und Grüne herein, indem Sie jetzt diesen Antrag - das konnte man Ihrer Äußerung entnehmen - unterstützen werden. Zudem sind Sie ganz am Anfang auch hereingefallen, nämlich auf folgenden Vorgang - es wurde ja hier angesprochen -: Merheim. Der Hintergrund, warum der Standort Merheim weggefallen war, war die Bebauung unmittelbar am Krankenhaus. Das hat damals Herr Bietmann eingefädelt. Das war Anfang der 2000er-Jahre. Das war der Grund. Sehenden Auges hat diese Bebauung stattgefunden. Das habe ich hier schon einmal zum Thema gemacht. Das war der erste Fall, darauf sind Sie hereingefallen. Dann sind Sie auf Herrn Kahlen hereingefallen. Wir übrigens nicht, obwohl wir ihn mit gewählt haben. Wir haben ihn mit gewählt, aber wir sind nicht auf ihn hereingefallen. Sehen Sie, Herr Breite? Und jetzt fallen Sie wieder auf Schwarz-Grün herein. Also Ihre Linie in Sachen Kalkberg ist ein bisschen seltsam. Da muss man sagen: So kommen wir nicht weiter.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Ich habe das schon angedeutet: Den Flugplatz Merheim auf dem Krankenhaus hätte ich mir auch gewünscht. Der ist aber sozusagen weggedrängt worden von der Wohnbebauung.

(Brigitta von Bülow [Bündnis 90/Die Grünen]: Vom Wohnungsbau? Wie unverschämt!)

- Natürlich stimmt das. Das habe ich doch die ganze Zeit recherchiert.

Anfang der 2000er-Jahre ist dieser Standort weggedrängt worden. Dass dieser Standort komplizierter geworden wäre, ist wieder eine an-

dere Frage, über die man diskutieren muss, meine Damen und Herren. Was hier aber offensichtlich geworden ist, ist, dass die CDU ihren Antrag so begründet und die Grünen begründen ihn so - völlig unterschiedlich.

(Brigitta von Bülow [Bündnis 90/Die Grünen]: Ja, so geht das! Dann gibt es eine Schnittmenge!)

Das Spannende in der Diskussion ist die Argumentation, liebe Kolleginnen und Kollegen von den Grünen, die Herr Petelkau hier vorgestellt hat, der gesagt hat, diese vielen Millionen Euro für den Kalkberg, diese Fehlinvestition, will er von der Krankenkasse zurückhaben. Haben Sie das gehört? Das halte ich für unrealistisch. Das halte ich für total unrealistisch. Herr Unna, Sie haben elegant darauf geantwortet und gesagt: Die Bebauung des Kalkbergs waren ja gewisse Infrastrukturkosten, die müssen wir schon selbst tragen. - Das sehe ich genauso in der Konsequenz. Aber Ihr Bündnispartner hat das Level so hoch gehängt und gesagt: Wir wollen die 20 Millionen Euro von der Krankenkasse wiederhaben. - Da kann ich nur sagen: Das wird nichts werden. Wir müssen zu unserem Fehlverhalten auch selbst stehen. Und dazu gehören viele, die hier im Rat sitzen. Das muss man einmal ganz klar sagen.

(Beifall bei der LINKEN und bei Teilen der SPD)

Zweites Argument: Herr Unna hat ein interessantes Argument in die Diskussion gebracht - das hast du so nebenbei gemacht - und gesagt: Die letzten Flüge sind ja um 23.30 Uhr gestartet worden. Der Kalkberg hatte ja nur eine Berechtigung für 22 Uhr. - Das ist doch aber eigentlich ein Grund, zu sagen: Mensch, auch wenn ich für den Kalkberg wäre, ist doch das Argument von 23.30 Uhr am Flughafen ein super Argument, um zu sagen: Ja, der Kalkberg ist auch von der Frage der Flugzeiten ungeeignet. Oder andersherum betrachtet: Der Flughafen ist viel besser, weil wir auch Risikoflüge nach 22 Uhr meines Erachtens machen können. - Ich finde, das sollte doch die Grünen einmal nachdenklich machen, zu sagen: Mensch, dann stimmen wir doch diesem Punkt 1 der LINKEN zu. - Wir nehmen ja Ihren Flugplatzgedanken voll auf. Das haben wir auch darin. Insofern ist er noch einmal begründet. Also meine Damen und Herren, insofern noch einmal ein gutes Argument von Herrn Unna für den Standort Flughafen.

Zur Kernträgerschaft: Ich verstehe das gar nicht, meine Damen und Herren von der SPD. Sie

denken doch eigentlich auch regional und nicht so Köln-borniert. Warum soll denn nicht eine Nachbarkommune die Kernträgerschaft vom Flugplatz übernehmen, wenn wir es nicht gewuppt kriegen? Das muss man doch einmal ganz klar sagen. Ich habe so viel Respekt und Anerkennung für die Kommunen in der Region, dass ich der einen oder anderen Kommune zutrauen würde, so einen Hubschrauber zu betreiben. Und wenn eine Kommune sagen würde „Hey, wir würden das gern machen!“, was ich nicht für ausgeschlossen halte, warum soll diese Kommune das nicht machen? Lassen Sie uns doch einfach einmal ein bisschen regional denken, dann werden wir diese Probleme auch in den Griff bekommen. Denn die Entfernung vom Kölner Zentrum zum Flughafen ist ja größer als vom Kalkberg - unbenommen -, aber wir werden so eine Entfernung in einer Umlandkommune ebenfalls finden. Insofern hängen wir nicht an der Kernträgerschaft, sondern wir hängen daran, dass der Kalkberg endlich zu Ende gebracht werden muss. Der Kalkberg muss weg. Und liebe Kolleginnen und Kollegen von den Grünen, wenn Sie nicht zur Besinnung kommen, haben wir ein super Wahlkampfthema im Kommunalwahlkampf. Ein super Thema! Das werden wir Ihnen dann aufs Brot schmieren. - Danke schön.

(Beifall bei der LINKEN und bei Teilen der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Petelkau hat das Wort.

Bernd Petelkau (CDU): Zunächst einmal, Herr Detjen, finde ich Ihre letzte Äußerung an dieser Stelle vollkommen deplatziert. Es kann nicht sein, dass die Gesundheitsversorgung unserer Bevölkerung ein Wahlkampfthema wird. Das ist etwas, das hier nicht hingehört.

(Beifall bei der CDU, dem Bündnis 90/Die Grünen und der FDP)

Hier geht es darum, für die Menschen in Köln die beste, maximal mögliche Versorgung zu gewährleisten. Ich wiederhole noch einmal: Solange wir keinen anderen Standort haben, müssen wir an diesem Standort zunächst einmal festhalten. Wir versuchen ja jetzt noch einmal, Gespräche aufzunehmen, aber das ist leider kein Selbstläufer. Wir werden diese Gespräche führen.

Das Zweite, was Sie gesagt haben, möchte ich auch noch einmal aufgreifen. Wenn die Kämmerin jetzt hier wäre, könnte sie die Frage auch so

beantworten. Zu den Baukosten: Ich rede nicht von den Kosten, die entstanden sind, weil Herr Kahlen 2 000 Tonnen Erde für 2 Millionen Euro hat hochschaffen lassen, die dann für 2 Millionen Euro wieder heruntergefahren wurden. Diese 4 Millionen Euro sind weg, genauso wie die Kosten davon, dass die Halde, die Deponie aufgeplatzt ist. Das werden wir als Stadt Köln zahlen müssen. Es war aber immer die Aussage der Kämmerin, dass die Gebäudekosten - das sind die 10, 12 Millionen Euro in der Fertigstellung - Infrastrukturkosten sind, die im Regelfall - das ist die gesetzliche Ausgangssituation bzw. die vertragliche Situation - seitens der Krankenkassen bezahlt werden. Wenn wir, sage ich einmal, innerhalb kürzester Zeit einen Standort aufgeben und an anderer Stelle einen neuen bauen, dann zahlen die vielleicht den neuen, aber der alte geht auf unsere Kappe. Das noch einmal zur Klarstellung. Sie haben gesagt, wir würden den ganzen Kalkberg zahlen müssen. Das ist in der Form nicht richtig.

Was auch nicht richtig ist, ist, dass Sie das Thema Luftrettung zu einem Nachtflugthema machen, Herr Detjen. Sie wissen ganz genau, dass die Rettungshubschrauber in der Bundesrepublik Deutschland ausschließlich auf Sicht fliegen.

(Beifall von Ulrich Breite [FDP])

Das heißt, hier gibt es nachts keine Starts und Landungen. Die fliegen nur bei Tageslicht. Das heißt, im Sommer ist es abends etwas später und im Winter etwas früher. Das sind Sicherheitsvorkehrungen, weil die Bundesrepublik Deutschland entsprechend eng bebaut ist. Wir haben Stromleitungen, Oberleitungen und Ähnliches. Deshalb ist es für den Piloten und die Patienten viel zu gefährlich wie auch für die behandelnden Ärzte, hier nachts zu fliegen. Vor dem Hintergrund ist das etwas, das Sie in die Diskussion einbringen, was überhaupt kein Thema ist. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Hammer.

Lino Hammer (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Oberbürgermeisterin, vielen Dank. - Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich fand es schon sehr interessant, wie Sie sich in verschiedenen Debattenbeiträgen quasi darin überholen wollen, in welcher Geschwindigkeit jetzt wie der Kalkberg, ob nur die Gebäude oder gleich der komplette

Berg direkt, abgeräumt werden soll und dass wir am besten auch gleich heute beschließen, welche Art von Nachnutzung wir da eigentlich haben wollen.

Wenn man sich einmal ansieht, welche Gemen-gelage es hier gibt, muss man sich doch auch über Folgendes im Klaren sein: Wenn man sich dafür entscheidet, die Hubschrauberstation am Kalkberg nicht mehr fertig zu stellen - und sie ist ja noch nicht fertig, sonst müssten wir den Bau-stopp nicht verlängern; wir verlängern den Bau-stopp übrigens insoweit, dass nur ein Rat ihn aufheben kann und er nicht einfach so aufgehoben werden kann, wenn man sagt: „Ja, wir sind der Meinung, man könnte hier einmal aufheben“; es ist ein Ratsbeschluss erforderlich, um diesen Baustopp aufzuheben - ,

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

dann können wir doch aber auch nur, wenn wir ehrlich sind, sagen, dass wir an den Flughafen gehen, wenn wir auch wissen, dass wir dort wirk-lich hin können.

Wenn wir heute beschließen, dass wir jetzt alle-samt mit dem Fluggerät an den Flugplatz ge-hen - da gebe ich meinem Kollegen Ralf Unna auch recht -, wo es nämlich auch hingehört, wir aber in einem halben oder Dreivierteljahr fest-stellen, dass es dann doch aus diversen Grün-den nicht geht - auch wenn wir diese Gründe noch nicht sehen, aber man weiß ja nicht, was am Ende des Tages dabei herkommt -, haben wir das Problem, dass wir gar keinen Standort für einen Rettungshubschrauber in dieser Stadt mehr haben. Dieses Risiko heute einzugehen und zu sagen, dass wir das alles einfach einmal abräumen, ohne vorher mit dem Flughafen wirk-lich in die Gespräche, die nötig sind, um das Ganze auch dauerhaft, ernsthaft und glaubhaft zu verlagern, gegangen zu sein, ist höchst un-verantwortlich.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen
und bei der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Joisten das Wort.

Christian Joisten (SPD): Frau Oberbürgermeis-terin! Meine Damen und Herren! Ich kann es vom Platz aus machen, weil inhaltlich eigentlich alles von unserem gesundheitspolitischen Spre-cher Michael Paetzold gesagt wurde. Jörg Detjen hat aber eben noch einmal das Thema Kernträ-

gerschaft angesprochen und uns da ins Gewis-sen reden wollen. Da kann ich nur umgekehrt sagen: Lieber Jörg Detjen, liebe Kolleginnen und Kollegen, wir sind der Überzeugung, dass Köln auch in medizinischer Hinsicht eine Zentrenfunk-tion haben muss. Das gilt für die Krankenhaus-versorgung ebenso wie auch für die Rettungs-versorgung. Das Umland und auch wir profitieren am Ende von einer Zentralität in so einem Sys-tem. Deswegen kann es nicht sein, dass der Hubschrauber am Ende in Gummersbach steht. Bei der Regionalität, die du aufgemacht hast, lie-ber Jörg Detjen, wäre das ja eine durchaus ernst zu nehmende Option. Auch die haben ein gutes Krankenhaus.

Das heißt, wir sind schon der Überzeugung: Köln hat hier eine Verantwortung. Diese Verantwor-tung muss Köln wahrnehmen. Wir streiten uns in der Tat um einen Standort. Das ist völlig legitim; denn wir haben das Vertrauen in den Kalkberg verloren. Der Flughafen ist nun einmal ein 24 Stunden offenes Flugfeld, wo es sich anbietet, einen solchen Hubschrauber dauerhaft zu plat-zieren. Wir kommen ja auch nicht auf die Idee, zu sagen: Eine Oper brauchen wir in Köln nicht, Kerpen hat auch schöne Flächen, wo man so etwas bauen kann. - Auch da übernehmen wir Zentrenfunktion. Deswegen würde ich mich freu-en, wenn wir hier auch in Verantwortung für die Region wieder zu einer Gemeinsamkeit zurück-finden würden, diese Kernträgerschaft nicht in-frage zu stellen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen se-he ich nicht. Dann lasse ich jetzt folgenderma-ßen abstimmen: zunächst über den Tagesord-nungspunkt 3.1.9 - und zwar auf Antrag der SPD punktweise, dann über den Tagesordnungspunkt 3.1.12, zunächst über den Änderungsantrag der SPD und dann gegebenenfalls über den Ur-sprungsantrag von CDU und Grünen.

(Michael Weisenstein [DIE LINKE]: Aber auch punktweise!)

- Auch getrennte Abstimmung nach Ziffern, aber nicht punktweise, sondern es ist wie folgt bean-tragt: erst Ziffer 4 isoliert und dann die Ziffern 1, 2, 3 und 5 gemeinsam. Anschließend gibt es die Gesamtabstimmung. Ja?

(Michael Weisenstein [DIE LINKE]: Ge-nau!)

- Okay.

Dann zu Tagesordnungspunkt 3.1.9. Ich lasse zunächst über Punkt 1 abstimmen. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die SPD-Fraktion, DIE LINKE, Herr Wortmann, die Ratsgruppe GUT, Frau Gerlach und Rot-Weiß. Wer enthält sich? - Niemand. Dann ist Punkt 1 abgelehnt.

Ich lasse über Punkt 2 abstimmen. Wer wünscht, zuzustimmen? - Die SPD-Fraktion, DIE LINKE, Herr Wortmann, Rot-Weiß, GUT, Frau Gerlach.

(Christian Joisten [SPD]: Und die Oberbürgermeisterin?)

- Die Oberbürgermeisterin stimmt dagegen. - Gibt es Enthaltungen? - Keine. Dann ist das abgelehnt.

Punkt 3: Zustimmung? - DIE LINKE, Herr Wortmann, Rot-Weiß, GUT und Frau Gerlach. Enthaltungen? - Dann ist das abgelehnt.

Gesamtabstimmung.

(Bernd Petelkau [CDU]: Es sind alle Punkte abgelehnt!)

- Lassen Sie uns diese aber trotzdem noch durchführen; das sieht unsere Geschäftsordnung nämlich so vor.

Wer ist dafür? - DIE LINKE, Herr Wortmann, Rot-Weiß, die Ratsgruppe GUT und Frau Gerlach. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das abgelehnt.

Dann lasse ich abstimmen über den Tagesordnungspunkt 3.1.12, und zwar zunächst über den Änderungsantrag der SPD-Fraktion und hier zunächst über Ziffer 4 des Änderungsantrags. Wer zustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die SPD-Fraktion. Enthaltungen? - Rot-Weiß. Dann ist das abgelehnt.

Dann lasse ich abstimmen über die Ziffern 1, 2, 3 und 5. Wer dem zustimmen wünscht, bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die SPD-Fraktion, DIE LINKE, Herr Wortmann, Rot-Weiß, GUT und Frau Gerlach. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das abgelehnt.

Gesamtabstimmung: Zustimmung? - Von der SPD-Fraktion, der LINKEN, von Herrn Wortmann, Rot-Weiß, GUT und Frau Gerlach. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das abgelehnt.

(Christian Joisten [SPD]: Die Oberbürgermeisterin war wieder dabei?)

- Die Oberbürgermeisterin war wieder dabei, ja, genau.

Ursprungsantrag von CDU und Grünen.

(Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen]:
Dafür oder dagegen?)

Wer stimmt dafür? - Das sind die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, die CDU-Fraktion, die FDP-Fraktion, die AfD-Fraktion und die Oberbürgermeisterin. Enthaltungen? - Dann ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**3.1.10 Antrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen und der Gruppe GUT betreffend „Gewerbliche Nutzung statt Casino am Standort Deutz“
AN/0945/2019**

**Änderungsantrag der Fraktion Die Linke.
AN/1028/2019**

Ich gebe zunächst Frau De Bellis-Olinger das Wort.

Teresa De Bellis-Olinger (CDU): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Vor gut drei Jahren haben wir das Wettbewerbsverfahren zum Bau eines Casinos in Deutz eingeleitet. Zwischenzeitlich ist viel Zeit vergangen und die WestSpiel-Gruppe ist bis heute nicht weitergekommen. Das mag zum einen an Entscheidungen liegen, die die WestSpiel-Gruppe nicht beeinflussen kann, und zum anderen wohl auch an taktischen Spielchen.

Erlauben Sie mir bitte, kurz einen Abriss der vergangenen Jahre aufzuführen: Wir haben im Dezember 2016 im Rahmen eines Wettbewerbsverfahrens die Architektur entschieden. Es sind Bauleitplanungen beschlossen worden. Zwei Jahre später konnte die WestSpiel-Gruppe immer noch keine Überarbeitungen der Planungen in Bezug auf Nutzung und Gestaltung vorlegen.

Wie beim Roulette hat die WestSpiel-Gruppe stets die Möglichkeit der Weiterveräußerungen vor Fertigstellung gefordert, dem die Stadt Köln nicht nachgekommen ist. Ganz im Gegenteil: Die Stadt Köln hat sogar ein dingliches Vorkaufsrecht für 20 Jahre in den Vertrag aufgenommen.

Am 8. Mai 2018, also vor gut einem Jahr, hat die Landesregierung dann entschieden, die WestSpiel-Gruppe zu privatisieren. Und nun? - Nun